



Landeshauptstadt München, Direktorium
Friedenstraße 40, 81660 München

Vorsitzender
Otto Steinberger

Privat:
Turnerstraße 25
81827 München
Telefon: (089) 4 39 12 73
Telefax: (089) 43 98 78 82
E-Mail:
otto.steinberger@t-online.de

Geschäftsstelle Ost:
Friedenstraße 40
81660 München
Telefon (089) 233 – 6 14 90
Telefax (089) 233 – 989 61490
E-Mail: bag-ost.dir@muenchen.de

München, 08.03.2017

Niederschrift
zur öffentlichen Sitzung
des Bezirksausschusses des 15. Stadtbezirkes - Trudering-Riem-
am Donnerstag, den 23.02.2017, Beginn 19:34 im
Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32, 81825 München

1 Allgemeines

1.1 Begrüßung und Beschlussfähigkeit

Entschuldigungen:

- Frau Baiter
- Frau Herbst
- Frau Neubauer
- Herr Saglam
- Herr Spensberger

24 BA-Mitglieder sind anwesend; die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

1.2 Genehmigung der Niederschrift der letzten BA- Sitzung

Der Niederschrift der letzten Sitzung wird ohne Gegenrede
einstimmig zugestimmt.

1.3 Ergänzungen zur Tagesordnung

- 7.3.6 Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich VI/25 und vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2095 Feldbergstraße (westlich), Wasserburger Landstraße (nördlich);
Verfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB; Termin: 28.12.2016
Wiedervorlage aus der Dezembersitzung (TOP 7.3.4) und der Novembersitzung (TOP 7.3.5)

- 7.3.7. Stadtsanierung in München
"Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" im Stadtteil Trudering
Sanierungsgebiet "Quartierszentrum Trudering"
Verlängerung der Durchführung des Geschäftsstraßenmanagements
- 7.4.12 Turnerstraße 3, Fl.Nr. 224/3 - Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage
- 8.2.17 Kurzhuberstraße 7
8.2.18 Am Hochacker 44
8.2.19 Hochkönigstraße 6
8.2.20 Truderinger Straße 265
8.2.21 Turnerstraße 25a
8.2.22 Postweg (ohne Hausnummer)
8.2.23 Mondseestraße 22
8.2.24 Iltisstraße 36
8.2.25 Häherweg 26
8.2.26 Wardeinstraße 16
8.2.27 Neusönnnerstraße 7
- 9.1.2 Wasserburger Landstr./Feldbergstr., Truderinger Faschingstreiben am 28.02.2017
Frist 22.02.2017 - Antrag erst am 16.02.2017 beim VVB eingegangen

Für eine Zusammenbehandlung werden folgende TOP vorgeschlagen:

- 3.2.1. mit 7.2.1.
- 3.6.1. mit 8.6.1.
- 4.2., 4.6., 7.3.3.
- 5.1. mit 5.15.

TOP 7. wird direkt nach TOP 2 behandelt.

Herr Steinberger bittet um Zustimmung zur geänderten Tagesordnung.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

2 Entscheidungsangelegenheiten

2.1 Budgetangelegenheiten

- 2.1.1 (E) Budget der Bezirksausschüsse
Verein der Freunde und Förderer des Gymnasiums Trudering e.V.
Anschaffung von Schlaginstrumenten
Az. 0262.0-15-0215
Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08159

Frau Beer berichtet:

„Zustimmung zu einem Zuschuss von 2.500,00 Euro (wg. Deckelung).“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 2.1.2 (E) Budget der Bezirksausschüsse
Förderverein der Grundschule an der Balanstraße
Erstellung einer Schulhomepage
Az. 0262.0-15-0214
Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 08161

Herr Steinberger berichtet:

„Herr Steinberger empfiehlt Ablehnung des Antrages auf Budget, da keinerlei Bezug zur Schule im 16. Stadtbezirk vorliegt.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

2.2 Weitere Entscheidungsangelegenheiten

- 2.2.1 (E) Nutzung der Busbucht an der Haltestelle Markgrafenstraße durch die Busse der Linien 195 und 192
Empfehlung Nr. 14-20 / E 01187 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 15 – Trudering-Riem am 06.10.2016
Nutzung der Busbucht an der Haltestelle Markgrafenstraße durch die Busse der Linien 195 und 192
BV-Empfehlung Nr. 14-20 / E 01187 der Bürgerversammlung des 15. Stadtbezirkes Trudering vom 06.10.2016

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07852

Herr Steinberger stellt das Votum des Referenten vor und bittet um Zustimmung.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 2.2.2 (E) Sperrung der Lehrer-Wirth-Straße vor der Schule für den Autoverkehr
Sperrung der Lehrer-Wirth-Straße vor der Schule für den Autoverkehr
BV-Empfehlung Nr. 14-20 / E 01184 der Bürgerversammlung des 15. Stadtbezirkes Trudering vom 06.10.2016

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07942

Herr Steinberger stellt das Votum des Referenten vor und bittet um Zustimmung.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 2.2.3 (E) Einhaltung der Tempo-30 Zone in der Zehntfeldstraße
Einhaltung der Tempo-30 Zone in der Zehntfeldstraße
BV-Empfehlung Nr. 14-20 / E 01177 der Bürgerversammlung des 15. Stadtbezirkes Trudering vom 06.10.2016

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07922

Herr Steinberger stellt das Votum des Referenten vor und bittet um Zustimmung.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

2.2.4 (E) „Flohmarktparkplatz“ öffnen bei Bürgerversammlungen
in der Riemer Messestadt

Empfehlung Nr. 14-20 / E 01193
der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 15 Trudering-Riem
am 06.10.2016

"Flohmarktparkplatz" öffnen bei Bürgerversammlungen in der Riemer Messestadt
BV-Empfehlung Nr. 14-20 / E 01193 der Bürgerversammlung des 15. Stadtbezir-
kes Trudering vom 06.10.2016

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07904

Frau Dr. Miehle bittet darum, bei der nächsten Bürgerversammlung auf der Einla-
dung zu vermerken, das in der Tiefgarage der Berufsschule Parkplätze vorhanden
sind.

Herr Steinberger stellt das Votum der Referentin vor und bittet um Zustimmung mit
der Anmerkung.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

2.2.5 Friedensgrotzensicherung

Empfehlung Nr. 14-20 / E 01164
der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 15 – Trudering-Riem
am 06.10.2016

Friedensgrotzensicherung
BV-Empfehlung Nr. 14-20 / E 01164 der Bürgerversammlung des 15. Stadtbezir-
kes Trudering vom 06.10.2016

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07979

Herr Dr. Kronawitter merkt als Mitglied des sog. „Kümmerer-Kreises“ an, das am
16.05.2017 vor der Kapelle eine Maiandacht mit den Blasmusik stattfinden soll.
Der Weg sollte daher bis spätestens 15.05.2017 hergerichtet sein.

Herr Steinberger stellt das Votum des Referenten vor und bittet um Zustimmung
mit der Anmerkung.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

3 Bürgeranliegen

3.1 UA Allgemeines

3.2 UA Bau und Verkehr

3.2.1 Verkehrssichere Fuß- und Radwegführung aus Gartenstadt Trudering in das
Straßtruderinger Ortszentrum
Vertagung aus der Januarsitzung
BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02302

Herr Mathias berichtet:

„Empfehlung an BA: Zustimmung, vorbehaltlich der Umsetzung und der alternativen Radrouten (Rothuberweg, Karpfenstr.). Ebenso soll versucht werden noch weitere Ersatzpflanzungen für die gefälltten Bäume am Mittelstreifen (Wasserburger Landstr.) und auch in der Bajuwarenstr. geprüft werden. Im Zuge des Umbaus in der Truderinger Str. sollte auch noch eine Querungshilfe an der Ecke Friesenstr., gegenüber der Schule berücksichtigt werden. (einstimmig)

Herr Zeiler stellt die aktuelle Planung vor. Der Verkehr soll vom Truderinger Ortszentrum ferngehalten werden, dazu wird versucht, den Verkehr aus dem Stadtzentrum vermehrt über die Bajuwarenstr. abzuleiten. Hierfür werden die Rechtsabbieger gestärkt (sowohl von der Truderinger als auch von der Wasserburger Landstr.), wobei auch die Radfahrer berücksichtigt werden sollen.

Einige Bäume müssen dazu gefällt werden. Radwege in der Bajuwarenstr. fallen zum Teil weg, zugunsten der Verbreiterung der Fahrbahnsuren und Schaffung der Linksabbiegerspur. Es werden alternative Führungen des Radverkehrs diskutiert. Es soll geprüft werden, ob zusätzlich Bäume in der Bajuwarenstr. gepflanzt werden können (als Kompensation). Evtl. Querungshilfe Truderingerstr./Friesenstr. vor der Realschule einplanen.

Problem: es müssen noch die Eigentumsverhältnisse der Grundstücke geklärt werde, evtl. braucht man noch einige cm von Privatgrundstücken. (wird im März geklärt)“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 3.2.2 blaue Zone in der Messestadt-Ost - wo sollen die Anwohner ihre Autos abstellen?
Stellungnahme der Polizeiinspektion 25 zur Nachfrage des BA aus der Januarsitzung
BA-Initiative Nr. 14-20 / I 00911

Herr Mathias berichtet:
„Kenntnisnahme“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

3.2.3 Wasserburger Landstraße - Freigabe der Fahrradwege in beide Fahrtrichtungen
BA-Initiative Nr. 14-20 / I 01644

Herr Mathias berichtet:
„Votum UA Kenntnisnahme.

Herr Dr. Kronawitter stellt seinen abweichenden Beschlussvorschlag zum UA Votum vor. Hierzu gab es am heutigen Tage eine Rundmail.

Herr Danner schlägt vor, auf die Lösung in der Leopoldstraße am Münchner Tor hinzuweisen. Ein Modellversuch wäre sicherlich möglich.

GeschO-Antrag auf Schluss der Debatte durch Frau Hentschel.

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Antrag des Herrn Dr. Kronawitter vor.
Dem wird

gegen 4 Stimmen zugestimmt.

3.2.4 Buslinie 194 - Taktverdichtung in den Hauptverkehrszeiten
BA-Initiative Nr. 14-20 / I 01645

Herr Mathias berichtet:
„Empfehlung an BA: Weiterleitung an die MVG (einstimmig)“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

3.3 UA Infrastruktur und Stadtteilentwicklung

3.3.1 Bebauung Unnützwiese - Schaffung eines Spiel- und Sportbereichs mit ähnlichem Charakter und entsprechender Größe in unmittelbarer Nähe
Wiedervorlage aus der Sondersitzung zur Unnützwiese vom 06.12.2016
BA-Initiative Nr. 14-20 / I 01420

Frau Dr. Miehle berichtet:
„Das Schreiben wird bis zu rechtlichen Klärung auf Wiedervorlage genommen.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

3.4 UA Planung

3.5 UA Schule, Soziales und Kultur

3.6 UA Umwelt

3.6.1 Baumschutz in München ist Klimaschutz für München
Die Münchner Bezirksausschüsse handeln - jetzt!
Vertagung aus der Januarsitzung

BA-Initiative Nr. 14-20 / I 01624

Herr Welzel berichtet:

„Gemeinsame Anträge der Münchner Bezirksausschüsse zur Stärkung des Baumschutzes - Für ein lebenswertes München Stadtbäume sind ein unverzichtbarer Teil des Stadtbildes. Ihr Grün hat eine positive Wirkung auf die Psyche und das Wohlbefinden des Menschen. Stadtbäume haben aber noch weitere wichtige Funktionen. Sie produzieren Sauerstoff, filtern Staub und Schadstoffe aus der Luft, regulieren das Stadtklima durch ihre kühlende Verdunstungsleistung, schützen den Boden und sorgen für sauberes Wasser. Bäume erschließen die vertikale Dimension und wirken als Lebensraumvervielfacher. Sie sind der zentrale Bestandteil an der Grünausstattung einer Stadt.

Stadtbäume in Bedrängnis

Doch unsere Stadtbäume sind gefährdet. Der starke Zuzug zum Großraum München zeitigt eine starke Bautätigkeit, der zufolge viele Bäume gefällt werden. Jedes Jahr verschwinden im Stadtgebiet tausende Bäume. Durch den aktuellen Baudruck und Nachverdichtung nimmt die Zahl der Münchner Bäume stetig ab. München ist bereithute die am dichtesten bebaute deutsche Großstadt. Die fortschreitende Entgrünung Münchens hat weitreichende, negative Folgen für die Lebensqualität im Stadtgebiet. Viel größere Anstrengungen zum Erhalt und zur Ausweitung des Baumbestands sind nötig. Nicht nur der Erhalt, sondern sogar eine Ausweitung von Grünflächen mit Baumbestand ist notwendig, um negative Folgen abzuwenden. Ein ausreichend üppiger Baumbestand könnte die zunehmende Hitzebelastung, die aufgrund der Klimaerwärmung droht, vermutlich deutlich abmildern. Die Temperaturerhöhung durch den Klimawandel wird durch den fehlenden Baumbestand forciert mit negativen Folgen für die Gesundheit der Bewohner. Bei einer prognostizierten durchschnittlichen Temperaturerhöhung von 4,5°C in der Stadt (bei aktueller Grünbedeckung) bis zum Ende des Jahrhunderts (Stadtklimaanalyse) sind unverzüglich entscheidende Schritte zum Schutz der Bäume einzuleiten. Mit einer Erhöhung des Grünflächenanteils um 10 % ließe sich der Anstieg gegebenenfalls ausgleichen (vgl. Manchester – Studie). Erhöhter Stellenwert von öffentlichen und privaten Grünflächen mit Baumbestand bei der Genehmigung von Bauvorhaben.

In der gegenwärtigen Phase der Nachverdichtung werden bei Neubauten in der Regel Grünflächen und Bäume unwiederbringlich vernichtet. Um auch eine zukünftige Durchgrünung sicherzustellen und den negativen Folgen des Klimawandels zu begegnen, ist es notwendig, dem Schutz von Grünflächen und Bäumen eine höhere Priorität einzuräumen.

Bäume sind Teil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Bäume sind ein elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge einer Stadt - genauso wie Wasser- und Stromversorgung. Um auch in Zukunft den Münchnern ein lebenswertes, grünes Stadtgebiet zu bieten, fordern wir folgende Maßnahmen zum weitergehenden Schutz des Münchner Baumbestandes:

1

Zusammenfassung - Antragspaket Baumschutz:

1. Stärkung des Baumschutzes
 - 1.1. Nachhaltiges Baummanagement mit Baum-Masterplan
 - 1.2. Ausgleich schaffen! Gefällter Baum = Neuer Baum
 - 1.3. Baumkataster
 - 1.4. Open-GIS-Plattform zur Kontrolle schaffen
 - 1.5. Klimastudie
 - 1.6. Pflanzvorgabe für Neubauten
 - 1.7. Tiefgaragensatzung
 - 1.8. Erhaltungssatzungen

- 1.9. Grenzbäume pflanzen
- 1.10. Unterstützungsangebote der LHM zum Baumschutz
- 2. Ersatz und Ausgleichszahlungen
 - 2.1. Primat des Erhalts von Bäumen bei Bauvorhaben
 - 2.2. Baumerhaltung geht vor Ersatzpflanzung
 - 2.3. Ausgleichszahlungen
 - 2.4. Ersatzpflanzungen immer vor Ort
 - 2.5. Zweckgebundene Ausgleichszahlungen
 - 2.6. Kontrolle der Ersatzpflanzungen
 - 2.7. Ahndung von Verstößen
 - 2.8. Ersatzpflanzungskataster
 - 2.9. Alle Ersatzpflanzungen rückwirkend aufnehmen
 - 2.10. BA umfassend informieren
 - 2.11. Kontrolle durch BA

2

1. Stärkung des Baumschutzes

1.1.) Nachhaltiges Baummanagement mit Baum-Masterplan

Antrag: Die LH München schafft mit einer umfassenden Planung den Umschwung von einem schwindenden Baumbestand zu einem aktiven Aufbau eines nachhaltigen Baummanagements, das alle möglichen

Facetten des Erhalts und der Ausweitung des Baumbestands in der Stadt beinhaltet. Die LH München

legt dazu einen Baum-Masterplan vor.

Begründung: Der Masterplan soll alle notwendigen Aktivitäten zum Schutz, Erhalt und Aufbau des Münchner Baumbestands enthalten. Er beinhaltet eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit zur Unterstützung der geplanten Prozesse. Weitere Inhalte finden sich in unten aufgeführten Anträgen. Für die Verbesserung des Schutzes von Bäumen und Grünflächen ist die materielle und personelle BA Anträge Baumschutz 2 Ausstattung der Behörden in ausreichendem Umfang sicherzustellen. Mit dem Masterplan verbindet sich die Erwartung, dass sich damit auch die rechtliche Bewertung des Baumschutzes verändert. Möglicherweise ist es geboten, alle Maßnahmen in einer neu zu schaffenden Abteilung zu bündeln.

Votum des UA Umwelt:

Ablehnung: 1 Stimme

Zustimmung: 7 Stimmen

1.2.) Ausgleich schaffen! Gefällter Baum = Neuer Baum

Antrag: Der weitere Verlust von Bäumen im Stadtgebiet muss gestoppt werden.

Jeder Baum, der gefällt wird oder abstirbt, muss ersetzt werden. (Ausnahmen sind in begründeten Fällen möglich.)

Begründung: Dafür sollten verlorene Bäume, die unter die Baumschutzverordnung fallen, standortnah ersetzt werden. Dies kann durch die Forderung von Ersatzpflanzungen oder durch Pflanzungen im öffentlichen Raum geschehen. Ausnahmen für Ersatzpflanzungen bei Einzelanträgen zur Fällung sind zu konkretisieren. Die Münchner Baumschutzverordnung muss zukünftig für das gesamte Stadtgebiet gelten.

Votum des UA Umwelt:

Ergänzung des Antrags um Textpassage (s.o.)

Zustimmung: einstimmig

1.3.) Baumkataster

Antrag: Die LH München entwickelt ein Baumkataster für den gesamten Baumbestand in der Stadt München. Bereits angelegte Baumkataster anderer Institutionen sollen darin eingepflegt werden.

Begründung: Die Stadt schafft damit die Datengrundlage für alle Maßnahmen der zukünftigen Planungsschritte

im Bereich des Baumanagements. Mit der Verbindung der Daten anderer Institutionen kann so auch ein Überblick für alle Beteiligten geschaffen werden.

Votum des UA Umwelt:

Ablehnung: 2 Stimmen

Zustimmung: 6 Stimmen

3

1.4.) Open-GIS-Plattform zur Kontrolle schaffen

Antrag: Die LH München richtet für ihr Kataster eine (Open-) GIS- Plattform ein, die sie auch den BA-Mitgliedern zur Verfügung stellt.

Begründung: So werden BAs besser in die Lage versetzt, ihr Engagement sachgerecht und einfacher umzusetzen. Ziel ist es, die unter Schutz stehenden Bäume zu erfassen und deren Schutz zu gewährleisten. Die BAs können, ausreichend informiert, auch die Pflege der Datenbank unterstützen.

Votum des UA Umwelt:

Im Falle der Umsetzung von 1.3. Zustimmung einstimmig.

1.5.) Klimastudie

Antrag: Die LH München gibt eine (begleitende) Studie in Auftrag zur klimarelevanten Wirkung von gezielten Baumpflanzungen in verschiedenen Szenarien der Umsetzung des Masterplans.

Begründung: Ergebnisse einer Studie für den Verdichtungsraum Manchester deuten darauf hin, dass die Sicherung und Erhöhung des Anteils von Stadtnatur für die Klimawandelanpassung von großem Vorteil wäre – eine dort prognostizierte durchschnittliche Temperaturerhöhung von 4.3% bis zum Jahr 2080 könnte bei einer 10% -igen Erhöhung des Naturanteils nahezu ausgeglichen werden. Bäumen kommt dabei vorrangige Bedeutung zu.

Votum des UA Umwelt:

Ablehnung: 5 Stimmen

Prüfantrag, ob finanzierbar: 3 Stimmen

Anmerkung: Klimawandel als Tatsache allgemein anerkannt, Daten sind übertragbar, daher aus Kostengründen für LHM keine eigene Studie erforderlich

1.6.) Pflanzvorgabe für Neubauten

Antrag: Bäume sind elementarer Bestandteil eines jeden Neubaus. Ähnlich der Stellplatzvorgabe für KFZ soll eine Pflanzvorgabe für Bäume entsprechend der Grundstücksfläche eingeführt werden.

Begründung: Der Erhalt und die Erweiterung des Baumbestands muss auch bei Neubauten berücksichtigt werden. Damit soll eine ausreichende Baumbepflanzung auf privaten Grundstücken sichergestellt werden. Auch bestehende Bäume auf Baugrundstücken würden dann erheblich besseren Schutz erfahren.

Votum des UA Umwelt:

Prüfantrag, ob rechtlich umsetzbar: 8 Stimmen

4

1.7.) Tiefgaragensatzung

Antrag: Erstellung einer Tiefgaragensatzung, um Ausmaße der neu errichteten Tiefgaragen so zu gestalten beschränken, dass ein Wachstum von Bäumen mit Bodenanschluss ermöglicht wird.

Begründung: Bei der Neubebauung und Nachverdichtung von Grundstücken werden diese zumeist komplett ausgeschachtet, um das ganze Grundstück für eine Tiefgarage nutzen zu können. Ein Wachstum größerer Bäume ist auf dem verbleibenden Grundstücksrest oder über der Tiefgarage nicht mehr möglich. Deshalb sollte die Ausdehnung der Tiefgaragen auf die Größe des Gebäudes beschränkt oder die Überdeckung der unterirdischen Gebäudeanteile angehoben werden, um das Wachstum größerer Bäume zu ermöglichen.

Votum des UA Umwelt:

Zustimmung: 8 Stimmen

bei Korrektur im Antragstext.

Anmerkung: Tiefgarage nicht auf die Größe des Gebäudes zu beschränken.

1.8.) Erhaltungssatzungen

Antrag: Erstellung von Erhaltungssatzungen, um vorhandene private Grünflächen vor der Überbauung schützen.

Begründung: Andere deutsche Großstädte nutzen das Instrument der Erhaltungssatzung, um Grünflächen zu schützen und Gebäudeabstände, die einen Baumbestand zwischen den Gebäuden ermöglichen, zu erhalten. Als Beispiel könnte Dresden dienen, dass seit den 90iger Jahren gute Erfahrungen mit derartigen Erhaltungssatzungen gemacht hat.

Votum des UA Umwelt:

Prüfantrag, ob rechtlich umsetzbar: 8 Stimmen

Anmerkung: In München gab es schon mal eine Gartenstadtsatzung mit detaillierten Bauvorgaben als Erhaltungssatzung, die 2003 vom Verwaltungsgerichtshof gekippt wurde.

1.9.) Grenzbäume pflanzen

Antrag: Städtische Initiative zur Pflanzung von Grenzbäumen, nur wenn beide Grundstückseigentümer zustimmen.

Begründung: Durch die geringen Abstandsflächen zwischen Gebäuden ist vielfach nur noch eine Pflanzung von Bäumen auf der Grundstücksgrenze möglich. Die Stadt sollte rechtliche und materielle Hilfe zur Pflanzung solcher Grenzbäume bewerben und anbieten, um den Baumbestand zu erhöhen.

Votum des UA Umwelt:

Ablehnung: 3 Stimmen

Zustimmung: 5 Stimmen

bei Korrektur im Antragstext (s.o.)

Anmerkung: andernfalls sind Nachbarschaftsstreitigkeiten vorprogrammiert.

5

1.10.) Unterstützungsangebote der LHM zum Baumschutz

Antrag: Unterstützungsangebote für den Erhalt und die Pflanzung privater Bäume verbessern

Begründung: Die Pflege und der Unterhalt von Großbäumen auf privaten Grundstücken sind mit hohem Aufwand verbunden. Um den Erhalt von privatem Baumbestand zu fördern, sollten weitere Unterstützungsangebote Beratung und Baumpflege ermöglichen.

Votum des UA Umwelt:

Zustimmung: einstimmig

bei Korrektur im Antragstext (s.o.)

2. Ersatz und Ausgleichszahlungen

2.1.) Primat des Erhalts von Bäumen bei Bauvorhaben

Antrag: Aufnahme des Primats des Erhalts von Bäumen bei Bauvorhaben:

Die Bewahrung von Bäumen ist einer Fällung vorzuziehen.

Begründung: Alte Bäume sind in ihrer Wirksamkeit um ein Vielfaches wertvoller als jüngere Ersatzpflanzungen. Daher sollte der Erhalt dieser Bäume einen höheren Stellenwert auch bei Bauvorhaben erhalten.

Votum des UA Umwelt:

Zustimmung: einstimmig

2.2.) Baumerhaltung geht vor Ersatzpflanzung

Antrag: Baumerhaltung geht vor Ersatzpflanzung. Dazu gehört auch Versetzung von Bäumen bei Bauvorhaben. Dies sollte bei der Genehmigung der Bauvorhaben in geeigneten Fällen gefordert werden.

Begründung: Bei Bauvorhaben sollte auch die Forderung nach einer Versetzung von Bäumen ermöglicht werden. Es ist möglich auch größere Bäume erfolgreich zu versetzen. Falls erhaltenswerte Bäume infolge eines Bauvorhabens gefällt werden müssen, ist die Versetzung einzelner Bäume auf dem Grundstück eine weitere Option zum Erhalt der Bäume.

Votum des UA Umwelt:

Zustimmung: einstimmig

2.3.) Ausgleichszahlungen

Antrag: Eine Ausgleichszahlung erfolgt in angemessener Höhe. Die Höhe der Zahlung berücksichtigt

- a) den Wert eines Baumes in all seinen Facetten (Baumwertermittlung nach Koch),
- b) sämtliche prognostizierten Folgekosten, die eine Baumpflege bis zu einem mittleren Lebensalter verursachen würde,
- c) die vergleichbaren Kosten, die eine Ersatzpflanzung inklusive der Vor-Ort-Grundstückskosten für die Fläche, die der Baum an dieser Stelle zu seinem Wachstum durchschnittlich benötigt,
- d) die gesteigerte Bedeutung von Bäumen zum Schutz des Stadtklimas.

(Jedoch sollte bei der Festlegung die Sozialverträglichkeit berücksichtigt werden bzw. eine Härtefallregelung eingebaut werden)

Begründung: Die gegenwärtige Praxis der Ausgleichszahlung (pauschal 750,-€) widerspricht bereits heute dem

Wortlaut der gültigen Baumschutzverordnung. Zur Bemessung des Geldwerts eines Baums (Baumwertermittlung hat sich im deutschsprachigen Raum die Methode Koch etabliert. Sie kommt v. a. bei Schadenersatz und Entschädigungen zum Tragen und ist somit eine rein ökonomisch orientierte Bewertung. Bei dieser Wertermittlung

wird zwar ganz bewusst die Funktion eines Baums berücksichtigt, nicht aber dessen darüber hinaus reichende ökologische Leistungen. Diese Art der Ermittlung ist pragmatisch, stellt den Wert eines Baums aber nur ausschnittsweise dar. Die Ausgleichszahlung zur Ablöse der Ersatzpflanzungspflicht von € 750 pro Baum ist zu gering, um die Entscheidung zum Erhalt oder Neupflanzung von Bäumen zu beeinflussen. Bei den gegenwärtigen Immobilienpreisen können die Zahlungen von Ablöse für 10 Bäume z.B. durch nur einen zusätzlichen Quadratmeter Wohnfläche kompensiert werden. Daher sollten die Ausgleichszahlungen drastisch erhöht werden, um einen Effekt zu haben. Die Ausgleichszahlung sollte mindestens eine Gleichstellung herstellen zwischen demjenigen, der eine Ersatzpflanzung vornimmt und demjenigen, der darauf verzichten darf zugunsten einer Ausgleichszahlung. Diese Gleichbehandlung ist bislang bei weitem nicht gegeben.

Votum des UA Umwelt:

Zustimmung: einstimmig

bei Ergänzung des Antragstextes (s.o)

2.4.) Ersatzpflanzungen immer vor Ort

Antrag: Ersatz- bzw. Ausgleichspflanzungen sollen innerhalb des jeweiligen Stadtviertels erfolgen.

Begründung: Nur die Pflanzung von Bäumen in der Nähe des ursprünglichen, zu ersetzenden Baumes können einen optischen, klimatischen und ökologischen Ersatz bieten. Eine Neupflanzung am Stadtrand oder sogar im Umland bietet für die betroffenen Viertel keine Vorteile.

Votum des UA Umwelt:

Zustimmung: einstimmig

2.5.) Zweckgebundene Ausgleichszahlungen

Antrag: Ausgleichszahlungen sind zweckgebunden für Ersatzpflanzungen zu verwenden

Begründung: Ausgleichszahlungen sollen den Baumverlust kompensieren. Daher sollten diese Mittel für Neupflanzungen von Bäumen möglichst nahe den ursprünglichen Standorten verwendet werden.

Votum des UA Umwelt:

Zustimmung: einstimmig

2.6.) Kontrolle der Ersatzpflanzungen

Antrag: Die Kontrolle der Ersatzpflanzungen durch die UNB wird so verbessert, dass ein adäquater jederzeitiger vollumfänglicher Überblick über die Ersatzpflanzungen hergestellt wird. (Erfahrungen aus Pilotprojekt mit Werkvertrag in 8 Stadtvierteln einfließen lassen)

Begründung: Momentan ist die Kontrolle notwendiger Ersatzpflanzungen nur auf „Stichprobenkontrollen und anlassbezogene Kontrollen“ beschränkt. Eine verbesserte, systematisierte Kontrolle durch die Behörde ist notwendig. Nur Kontrolle sichert den Baumbestand und das Rechtsempfinden.

Votum des UA Umwelt:

Zustimmung: einstimmig
bei Korrektur/Ergänzung des Antragstextes

2.7.) Ahndung von Verstößen

Antrag: Die LH München ahndet Verstöße gegen die Pflicht zur Ersatzpflanzung konsequent und in angemessener Höhe.

Begründung: Eine inkonsequente Handhabung untergräbt das Rechtsempfinden von Bürgern, die sich an Vorgaben halten. Des Weiteren wird die große Bedeutung des Baumbestandes für die Stadtbevölkerung durch zu lasches Ahnden negiert. Als Vorbild könnte das Modell Bamberg dienen, das sich als funktionsfähig erwiesen hat.

Votum des UA Umwelt:

Zustimmung: einstimmig

2.8.) Ersatzpflanzungskataster

Antrag: Die LH München führt ein Ersatzpflanzungskataster ein. Dieses wird in professioneller digitaler Form als Geoinformationssystem (openGIS) und als Teil eines vollständigen Baumkatasters geführt.

Begründung: Die gängige Praxis zur Erfassung von geschützten Bäumen ist ein Kataster auf digitaler Basis mit genauer Kartengrundlage, ein Geoinformationssystem. Sind die Bäume erst mal erfasst, können spätere Nachkontrollen systematisch und kostensparend erfolgen. Außerdem stellt diese Grundlage auch die Basis dar zur Erfassung aller weiteren Maßnahmen, weil "alle Bäume im Blickfeld" sind. Alle Daten werden digitalisiert, so dass sie später von allen möglichen Beteiligten von der LBK bis zur Stadtgärtnerei am PC aufgerufen werden können.

Grundsätzlich ist ein Baumkataster bereits Standard in vielen Städten.

Votum des UA Umwelt:

Ablehnung: 2 Stimmen

Zustimmung: 6 Stimmen

2.9.) Alle Ersatzpflanzungen rückwirkend aufnehmen

Antrag: Auch alle vorgeschriebenen Ersatzpflanzungen aus den vergangenen Jahren (soweit die Aufzeichnungen zurückreichen) werden sukzessive in dieses Kataster aufgenommen, beginnend in Bereichen mit der dichtesten Bebauung sowie in Gebieten mit der größten Hitzebelastung (nach der Stadtklimastudie).

Begründung: Alle Ersatzpflanzungen sind nach der BaumschutzV geschützte Bäu-

me. Auch diese Bäume bedürfen der Sicherung. Beginnen sollte man in Bereichen mit der dichtesten Bebauung sowie in Gebieten mit der größten Hitzebelastung
Votum des UA Umwelt:
Ablehnung: einstimmig
Anmerkung: Aufwand nicht vertretbar

2.10.) BA umfassend informieren

Antrag: Die UNB als Teilbehörde der Stadtverwaltung übermittelt dem zuständigen BA auf Wunsch bzw. Nachfrage sämtliche neue Unterlagen und Entscheidungen zu den Ersatzpflanzungen als auch die archivierten Unterlagen des betreffenden Bezirks (mit Beginn der digitalisierten Aufzeichnung) in übersichtlicher tabellarischer Form.

Begründung: Alle zur Ersatzpflanzung ausgewiesenen Bäume sind geschützte Bäume. Die eingangs beschriebene Situation verdeutlicht die Notwendigkeit, dass alle Ersatz-Bäume auch tatsächlich gepflanzt wurden. Die bisherige lasche Handhabung der Kontrolle der Nachpflanzung ist nicht weiter hinnehmbar.

Votum des UA Umwelt:

Zustimmung: einstimmig

2.11.) Kontrolle durch BA

Antrag: Die LH München schafft die rechtlichen Voraussetzungen zum Betreten von Privatgrundstücken durch Mitglieder der Bezirksausschüsse zwecks der Kontrolle von Ersatzpflanzungen.

Begründung: Es besteht die Bereitschaft der Bezirksausschüsse sich an einer weitergehenden Überprüfung der Ersatzpflanzungen zu beteiligen. Dazu würde z.B. eine Änderung des Antragsformulars zur Baumfällung und -veränderung mit einer weiteren Einräumung des Betretungsrechtes zur Überprüfung der Ersatzpflanzungen notwendig.

Votum des UA Umwelt:

Ablehnung: einstimmig

Anmerkung: rechtlich bedenklich“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

3.7 ohne Vorberatung im UA

4 Anträge von BA- Mitgliedern

- 4.1 Für bebaute Grünflächen Biotope oder dauerhaft gesicherte Grünflächen als Ausgleich schaffen
Antrag zu TOP 4.1 / 0117
in der Januarsitzung durch Antragsteller zurückgezogen und aktualisiert für die Februarsitzung eingereicht
BA-Initiative Nr. 14-20 / I 01632

Antrag wurde gestrichen.

- 4.2 Realteilung der Unnützwiese
BA-Initiative Nr. 14-20 / I 01615

Gemeinsame Behandlung mit den TOP 4.6. und 7.3.3.

- 4.3 Erweiterung des Riemer Parks – Erwerb privater Flächen
BA-Initiative Nr. 14-20 / I 01641

Herr Welzel stellt den Antrag vor und bittet um Zustimmung.

Herr Danner bittet darum, 4.3. und 4.5. in einem Antrag zusammenzufassen.
Frau Salzmann-Brünjes erklärt, warum die Anträge einzeln gestellt werden müssen.

Frau Salzmann-Brünjes zieht den Antrag zurück.

- 4.4 Für Grünflächen Ausgleich schaffen
BA-Initiative Nr. 14-20 / I 01642

Herr Welzel / Frau Salzmann-Brünjes stellt den Antrag vor und bittet um Zustimmung.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 4.5 5. Bauabschnitt Messestadt / bzw. Kirchtrudering
BA-Initiative Nr. 14-20 / I 01643

Frau Salzmann-Brünjes stellt den Antrag vor und bittet um Zustimmung.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 4.6 Antrag zu WAL-Vorhaben Bajuwarenstraße/Unnützwiese -
Sicherung der Grünfläche des verbliebenen Grundstücks
Unnützwiese als Spielfläche - Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V XXXXX
Wiedervorlage aus der Sondersitzung zur Unnützwiese vom 06.12.2016
BA-Initiative Nr. 14-20 / I 01583

Gemeinsame Behandlung mit den TOP 4.2. und 7.3.3.

5 Antwortschreiben der Landeshauptstadt München

- 5.1 mit 5.15. Ökologische Ausgleichsflächen für Trudering-Riem
BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02964

Frau Dr. Miehle stellt fest, dass die Hundeschule genau auf der in 5.1. angegebenen Ausgleichsfläche entstehen soll. Lt. KVR handelt es sich hier aber nicht um eine Ausgleichsfläche. Die widersprüchlichen Aussagen sollen geklärt werden.

einstimmig Zustimmung

- 5.2 Batschkastraße - Beleuchtung der öffentlichen Grünfläche zwischen Feldbergstraße und Friedenspromenade
BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02986

5.3 Am Moosfeld - Verkehrssicherheit vor der KiTa "Kleine Piraten"
BA-Antrag Nr. 14-20 / B 03055

5.4 Batschkastraße - Geschwindigkeitsmessungen
BA-Antrag Nr. 14-20 / B 03054

5.5 Elf Jahre nach der BUGA: Weitere "Wilde" Wege barrierefrei machen
BA-Antrag Nr. 14-20 / B 03072

Frau Dr. Miehle möchte das Schreiben im November 2017 auf Wiedervorlage setzen.

einstimmig Zustimmung

5.6 Von-Erckert-Straße - Geschwindigkeitskontrolle nördlich der Wasserburger Landstraße
BA-Antrag Nr. 14-20 / B 03132

5.7 Stellungnahme des Kreisverwaltungsreferats zum TOP 7.1.1/1216
Übersicht der Veranstaltungen im Riemer Park im Jahr 2016
Rückmeldung des KVR zur Nachfrage des BA aus der Januarsitzung

5.8 Verlegung der Wasserwacht Riemer See - Darstellung eines konkreten Bauprojektes
Antrag zum Antwortschreiben des Referates für Stadtplanung und Bauordnung zum BA-Antrag-Nr. 14-20 / B 01737
BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02091

5.9 Missbräuchliche Benutzung der Fußgängerzone und Feuerwehrezufahrt Flughafen-Riem-Straße / Antrag zur Anbringung geeigneter Absperrpfosten
Rückmeldung der Branddirektion
BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02562

5.10 Einrichtung einer Blinkhaltestelle an der Bergerwaldstraße, Buslinie 192
BA-Antrag Nr. 08-14 / B 05388

5.11 Birkhahnweg - Antrag auf Errichtung eines Abfalleimers in Kombination mit Beutelspendern - "Hunde WC"; Bürgerantrag vom 14.11.2016
BA-Antrag Nr. 14-20 / B 03060

Frau Dr. Miehle schlägt vor, das ein Ort in der Nähe benannt werden soll, der in städtischer Hand ist. Der Spender soll dann dort aufgestellt werden.

einstimmig Zustimmung

- 5.12 fehlende Erdgastankstelle im 15. Stadtbezirk
BA-Antrag Nr. 14-20 / B 03057

Frau Salzmann-Brünjes weist darauf hin, das eine Erdgastanksäule an der Allguth Tankstelle an der Wasserburger Landstraße/Bajuwarenstraße vorhanden ist.

Frau Beer wird dies dem Antragsteller mitteilen.

Kenntnisnahme

- 5.13 Wertstoffinseln wirksam entmüllen und besser in Grünanlagen einbinden
BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02965

Herr Dr. Kronawitter weist darauf hin, das die CSU hier keine satzungsgemäße Behandlung des Antrages sieht. Der BA soll zu einem Ortstermin eingeladen werden.

Weiterhin soll das AWM Auskunft darüber geben, welche Abstände zu den nächsten Wohngrundstücken eingehalten werden müssen.

einstimmig Zustimmung

- 5.14 Einführung eines Jahresabonnements auch im Ausbildungstarif des MVV
BA-Antrag Nr. 08-14 / B 03375

- 5.15 mit 5.1. Betrieb einer Hundeschule im Riemer Park (Anhörung aus der Januarsitzung)
Stellungnahme des KVR zur ökologischen Ausgleichsfläche

Herr Steinberger schlägt für die übrigen 5er TOP Kenntnisnahme vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

6 Bürger-/Einwohnerversammlung

7 Anhörungsfälle der Verwaltung

7.1 UA Allgemeines

- 7.1.1 Evaluierung der Sondernutzungsrichtlinien
Termin: 10.03.2017

Frau Beer berichtet:
„Zustimmung“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.1.2 Hindernislauf XLETIX Challenge / Muddy Angel Run am 24./25.06.2017
Wiedervorlage aus der Dezembersitzung aufgrund Schreiben Veranstalter und
Vorlage eines neuen Konzeptes

Frau Beer berichtet:

„Vorstellung durch XLETIX (Julia Heinen):

Riemer Park: Begrenzung auf reine Laufstrecke, Hindernisse nur auf befestigten
Flächen, Rasenflächen sind tabu; keine Absperrungen, Markierungen nur mit Krei-
despray; Lauf nur in Kleingruppen; Streckenposten werden eingesetzt; Hindernis-
se werden gesichert; Sanitäter sind vor Ort; 3 verschiedene Streckenlängen: pink:
kurze Distanz; gelb: erste Erweiterung; grün: zweite Erweiterung Riemer Wäld-
chen: auch dort ist die Laufstrecke nur auf befestigten Wegen; Ordner sichern,
dass die Läufer die befestigten Wege nicht verlassen Fahrradfahrer werden nicht
behindert.

Streckenpunkt 26 (Eisenstangen tragen): ungünstig, da direkt am Spielband und
Hauptweg von der U-Bahn, andere Seeseite besser geeignet.

Zustimmung einstimmig, wenn der Lauf auf den befestigten Flächen bleibt;
Streckenposten 26 wird verlegt“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.1.3 Sonnwendfeuer am 17.06.2017
Wasserburger Landstr. 32/Feldbergstr. 95
Termin 03.03.2017

Frau Beer berichtet:

„Anregung: es soll auch regionales, biologisches Fleisch angeboten werden.“

gegen 3 Stimmen Zustimmung.

Herr Danner möchte Zustimmung unter der Maßgabe, das Biofleisch angeboten
wird.

gegen 3 Stimmen abgelehnt.

- 7.1.4 Erhöhung der Zahl der zu entschädigenden Termine für Mitglieder eines BA-Vor-
stands; Antrag der CSU-Fraktion
BA-Antrags-Nr. 14-20 / B 03074 des Bezirksausschusses des Stadtbezirks 15 -
Trudering-Riem vom 24.11.2016

Frau Beer berichtet:

„Zustimmung zum Vortrag des Referenten einstimmig.“

Herr Ziegler weist darauf hin, dass der Antrag des BA 15 aufrecht erhalten werden
sollte. Überprüfung wird gefordert

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.1.5 650.000 Euro Veranstaltungsbudget - davon 150.000 für den Straßenfasching:
Der öffentliche Raum braucht Ehrenamt und Engagement von Vereinen
Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V XXXXXX
Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 10.05.2017 (VB)

Stellungnahme des BA zum Beschlusentwurf

Frau Beer berichtet:

„Zustimmung zum Vortrag des Referenten einstimmig “

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.1.6 Anhörung zur Wahlbezirkseinteilung der Bundestagswahl 2017
Frist: 24.03.2017

Frau Beer berichtet:

„zusätzlich: Riem, Luise-Kiesselbach-Haus (barrierefrei), restliche Vorschläge zu-
stimmen“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.1.7 Veranstaltung auf der Sonderfläche Riem
"Asiafest - Kultur live erleben" vom 16. bis 18.06.2017

Frau Beer berichtet:

„Zustimmung ohne Feuerwerk.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.1.8 Betriebszeitenänderung von bisher 22.00 Uhr auf gesetzliche Sperrzeit
Schank- und Speisewirtschaft - Henrys Deli, Willy-Brandt-Platz 5

Frau Beer berichtet:

„Zustimmung für 1 Jahr auf Probe.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.2 UA Bau und Verkehr**

- 7.2.1 "Aktive Stadtteil- und Ortsteilzentren im Stadtteil Trudering"
Truderinger Straße zwischen Friesenstraße und Schmuckerweg mit Wasserburger
Landstraße / Bajuwarenstraße (Plan Nr. 1)
Vertagung aus der Januarsitzung, Fristverlängerung bis 03.03.2017

Herr Mathias berichtet:

„Siehe TOP 3.2.1.

Empfehlung an BA: Zustimmung unter Berücksichtigung der genannten Punkte.“

Herr Danner stellt fest, das mit der Ausführung der Planungen auch gleich in die intensiveren Planungen für den Ortskern übergegangen wird.

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.2.2 Marianne-Plehn-Straße 63
Haltverbot
Anhörung gemäß § 13 der Satzung für die Bezirksausschüsse zu einer verkehrs-
rechtlichen Anordnung nach § 45 StVO

Herr Mathias berichtet:

„Empfehlung an BA: Zustimmung (einstimmig)“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

7.3 UA Infrastruktur und Stadtteilentwicklung

- 7.3.1 Beschlusssentwurf Verkehrskonzept Münchner Norden Öffentlicher Personennah-
verkehr
/ Schienenpersonennahverkehr
Anhörung der betroffenen Bezirksausschüsse zum Entwurf einer Beschlussvorlage
des
Referats für Stadtplanung und Bauordnung
Frist: 01.03.2017

Frau Dr. Miehle berichtet:

„Einstimmige Beschlussempfehlung: Trudering-Riem wird in der Machbarkeitsstu-
die betrachtet und so wird der Vorlage zugestimmt.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.3.2 Bauleitplanung Gemeinde Haar
1. Änderung des B-Plans Nr. 186
„für einen Teilbereich südlich der Herzogstandstraße und nördlich der Bahnlinie in
Gronsdorf“
Verfahren nach § 4a Abs. 3 BauGB

Frau Dr. Miehle berichtet:

„Einstimmige Beschlussempfehlung: Der Ausarbeitung/Stellungnahme von Frau Dr. Miehle mit Ergänzungsvorschlag von Herrn Danner wird dem Protokoll angefügt.

Stellungnahme zu TOP 7.3.2

Bauleitplanung Gemeinde Haar 1. Änderung des B-Plans Nr. 186
„für einen Teilbereich südlich der Herzogstandstraße und nördlich der Bahnlinie in Gronsdorf“ Verfahren nach § 4a Abs. 3 BauGB

Der BA 15 nimmt zum vorliegenden Bebauungsplan wie folgt Stellung:

1. Die städtebauliche Lösung der Bebauung im Bebauungsplan Nr.186 1. Änderung – sowie beim im Zusammenhang zu sehenden Bebauungsplan Nr.183 - sind gelungen.

2. Der BA anerkennt die Notwendigkeit einer Umgehungsstraße, der sog. Nordtangente bzw. Spange Haar Nord (s. 2.9 der Begründung)

Der BA 15 hinterfragt jedoch folgende Intention der Gemeinde Haar:

„Langfristig ist die Aufhebung des temporären Anschlusses an die Schneiderhofstraße und ein gleichzeitiger Anschluss an die geplante Spange Haar Nord entlang der Bahnlinie geplant“ (s. 3.2.1 im Begründungsteil). Bei geplanter Aufhebung obigen Anschlusses in Form eines temporären Straßenbaus will der BA in jedem Fall eine Alternative als Nord-Süd-Anbindung von der Schneiderhofstraße zur Nordtangente hergestellt wissen. Z.B. über das Entwicklungsgebiet östlich der Schneiderhofstraße/ nördlich Bhf. Gronsdorf.

Der BA besteht auf einer nachhaltigen Führung des LKW-Verkehrs aus der Schneiderhofstraße auf die Nordtangente und damit der Entlastung der Bahnstraße.

Vielmehr zweifelt aktuell der BA:

a) ob beim geplanten Straßenquerschnitt von 6,5 m als künftiger Bestandteil der Nordtangente bzw. Spange Haar Nord ein problemloser Begegnungsverkehr von zwei LKWs >7,5 t möglich ist.

b) dass das Ende der Straße am Übergang zur Einmündung in die Parallelführung zur Schneiderhofstraße, also der Anschluss an die Schneiderhofstraße, so bemessen ist, dass die vorgesehene Kurvenführung für den Kurvenradius von 2 LKW>7,5t im Begegnungsverkehr angemessen berücksichtigt ist.

c) ob bei diesem Straßenquerschnitt Fahrradwege eingeplant sind. Der BA fordert das Anlegen von Fahrradwegen beidseits der Straße nach derzeitigen Richtlinien.

Der BA 15 verweist diesbzgl. nochmals auf seinen Antrag vom 06.10.2016:

Interkommunale Kooperation konkret umsetzen – jetzt die Weichen für eine Entlastung der Bahnstraße durch die Verlängerung des Rappenwegs realisieren <https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/BAINITIATIVE/4234733.pdf>
Dieser Antrag ist Bestandteil der Stellungnahme.

Der BA 15 beauftragt den BAV, Kontakt mit der Bgm. Fr. Müller aufzunehmen: Insgesamt sollte der BA an die Gemeinde Haar herantreten und in einem Gespräch die Situation mit dem Gemeinderat erörtern.“

Herr Danner regt an, das dringend Gespräche mit der Bürgermeisterin und den weiteren Verantwortlichen geführt werden müssen. Es ist dem BA seit Jahren ein Anliegen, das bei einer Neugliederung des Gewerbegebietes und dem Bau der Straße die Bahnstraße und der Drosselweg entlastet werden.

Herr Schall schließt sich der Meinung an.

Herr Dr. Kronawitter stellt fest, dass die LHM es nicht schafft, eine Verbindungsstraße zu bauen. Die Verantwortung kann hier nicht allein auf die Gemeinde Haar abgewälzt werden.

Frau Salzmann-Brünjes regt an, einen Antrag an die LHM zu stellen, in welchem der BA 15 nochmals seinem Wunsch nach einer Umgehungsstraße Druck verleiht.

Herr Danner weist darauf hin, dass es sich hier um Privatgrundstücke handelt, welche nicht bereit sind ihren Grund zur Verfügung zu stellen, damit eine Straße gebaut werden kann. Haar baut hier eine Erschließungsstraße für den Bau eines neuen Wohngebietes. So, wie die Straße nun gebaut wird, wird sie die nächsten Jahre bestehen bleiben. Daher sollte der BA 15 sehr wohl auf einen besseren Ausbau hinwirken.

Frau Dr. Miehle erklärt nochmals die aktuelle Sachlage. Sie erklärt dem anwesenden Bürger nochmals die Stellungnahme des BA. Sie wird ihm gerne die Stellungnahmen zur Verfügung stellen. Der BA 15 will auf jeden Fall eine Entlastung der Bahnstraße und des Drosselweges erreichen.

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA, mit der Ergänzung Drosselweg.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

7.3.3

WAL-Vorhaben Bajuwarenstraße / Unnützstraße
Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V XXXXX Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom ____ (SB) Öffentliche Sitzung
Wiedervorlage aus der Sondersitzung zur Unnützwiese vom 06.12.2016

Frau Dr. Miehle berichtet:
„Wird zusammen mit den TOP 4.2 und 4.6. behandelt.“

Einstimmige Beschlussempfehlung: Die abgestimmte Stellungnahme (aus CSU und SPD) wird dem Protokoll angefügt.

Stellungnahme zu TOP 7.3.3
WAL-Vorhaben Bajuwarenstraße/Unnützstraße
Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V XXXXX Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom ____ (SB) Öffentliche Sitzung
Wiedervorlage aus der Sondersitzung zur Unnützwiese vom 06.12.2016

Der BA 15 nimmt zu obigem Bauvorhaben wie folgt Stellung:

1. Für den BA 15 ist derzeit maßgeblich, dass die Frage der baulichen Zulässigkeit nach § 34 und einer grundsätzlichen Bebauung noch offen ist - nachfolgende Punkte untermauern dies:

a) Der Bayerische Landtag wird sich auf Grund einer Petition mit dieser Frage befassen und um Zweifel an der baurechtlichen Zulässigkeit des Genehmigungsverfahrens auszuräumen, die ROB um eine rechtliche Klärung bitten.

b) Auch ein Antrag aus der Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa Liste vom 06.02.2017 „Rechtssicherheit für das Projekt „Wohnen für Alle“ auf der Unnützwie-

se verlangt eine eindeutige Herstellung der Rechtssicherheit.

c) Zweifel an der Eindeutigkeit der Rechtslage ergeben sich auch aus einer an den BA 15 gerichteten Email aus dem Planungsreferat, HA 3:

„Sehr geehrter Herr Steinberger,

inzwischen liegen mir die Informationen aus dem Vermessungsamt vor.

Die planungsrechtlichen Festsetzungen [für die Unnützwiese] wurden mit Baulinienplan Nr. 1911 Teil II am 11.10.1920 genehmigt und sind bis heute rechtsverbindlich.

Zum Zeitpunkt der Festsetzung war die Staffelbauordnung noch rechtsverbindlich. Nach Auslaufen der Staffelbauordnung wurden die bisherigen Baulinienpläne zu einfachen Bebauungsplänen i.S.d. § 30 i.V.m. § 34 BauGB.

Der FNP für diesen Bereich wurde mit Beschluss der VV am 22.05.2005 geändert (von WA - allgemeines Wohngebiet zu AG- Allgemeine Grünfläche)

MFG...“

Fazit: Solange die Rechtslage beim Baurecht nicht geklärt ist, lehnt der BA die derzeitigen Planungen ab.

2. Der BA bittet, wenn eine verbindliche Rechtslage vorliegt, über den Inhalt des Rechtsbescheids informiert zu werden und fordert dann eine erneute Anhörung.

3. Ungeachtet einer rechtlichen Entscheidung (der ROB), ob die Bebauung nach §34 oder nach Bebauungsplan erfolgen könnte, fordert der BA die Berücksichtigung folgender Punkte:

- Eine Beschränkung auf weniger WE zugunsten von mehr 3 Zi-Wohnungen und Mehrzimmerwohnungen bei gleichbleibender Gesamtgeschoßfläche.
- Eine vollständige Unterkellerung aller geplanten Gebäude mit TG sowie Abstellräumen u.a.
- Eine Anhebung des Stellplatzschlüssels auf 0.5.
- Die Sicherung einer Erweiterungsfläche für die benachbarte FFW Michaeliburg.
- Die Grünfläche/Spielfläche ist mindestens in dem Umfang, wie am 24.01.2017 in der Informationsveranstaltung von der GEWOFAG vorgestellt, also zu ca. 80% zu erhalten und rechtlich zu sichern. Diese Forderung gibt auch der vom BA beschlossene CSU-Antrag vom 06.12.2016 mit darin ausgeführten Details wieder (s.u.).

Die beigelegten Anträge der SPD-Fraktion „Realteilung der Unnützwiese“ vom 21.12.2016 sowie der CSU-Fraktion „Sicherung der Grünfläche des verbliebenen Grundstücks Unnützwiese als Spielfläche“ vom 06.12.2016 sind Bestandteil der BA-Stellungnahme.“

Die Frage der zulässigen Bebaubarkeit nach § 34 BauGB ist noch nicht geklärt. Der Bayerische Landtag soll über eine Petition hierzu beschließen.

Bis zur Klärung einer verbindlichen Rechtslage wird der BA das Bauvorhaben abgelehnt, fordert aber nach Klärung eine erneute Anhörung.

Herr Danner stellt fest, dass der Stellplatzschlüssel Stellplatzschlüssel 0,5 wird abgelehnt wird.

gegen 3 Stimmen Ablehnung

Eine Unterkellerung wird von Herrn Danner und der Fraktion Bü 90/Die Grünen ausdrücklich abgelehnt.

gegen 3 Stimmen Ablehnung

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

7.3.4 Verkauf einer städtischen Immobilie
Anhörung des Bezirksausschusses gemäß §13 der Bezirksausschusssatzung

Flst. 176/1 (Tfl.)
auf der Höhe Emplstraße 1
privater, nicht gewidmeter Straßengrund der Stadt (160qm²)

Frau Dr. Miehle berichtet:
„Gemeinsame Behandlung mit TOP 7.3.5.

Einstimmige Beschlussempfehlung: Dem Verkauf (7.3.4 und 7.3.5) wird zugestimmt.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

7.3.5 Verkauf einer städtischen Immobilie
Anhörung des Bezirksausschusses gemäß §13 der Bezirksausschusssatzung

Flst. 176/1 (Tfl.)
auf der Höhe Emplstraße 1
privater Straßengrund der Stadt (105qm²)

Frau Dr. Miehle berichtet:
„Einstimmige Beschlussempfehlung: Dem Verkauf (7.3.4 und 7.3.5) wird zugestimmt.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

7.3.6 Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich VI/25 und vorhabenbezo-

gener Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2095 Feldbergstraße (westlich), Wasserburger Landstraße (nördlich);
Verfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB; Termin: 28.12.2016
Wiedervorlage aus der Dezembersitzung (TOP 7.3.4) und der Novembersitzung (TOP 7.3.5)

Frau Dr. Miehle berichtet:

„Gäste aus dem Plan.: Frau Regensburger und Frau Geiger, betroffene Anlieger, die Architekten und die Investoren Frau Regensburger erläutert noch einmal das Verfahren und warum es zur Mehrung der GFZ kommt. Es wird mit den Investoren ein städtebaulicher Vertrag geschlossen. Die Durchquerung des Geländes und die Grünflächen werden ein Bestandteil dieses Vertrages sein. Da es sich um ein Bebauungsplanverfahren handelt, können die anliegenden Privatgrundstücke auch weiterhin nur nach § 34 BauGes.Buch bebaut werden.

Der planende Architekt stellt das BV aus architektonischer Sicht vor und die Investoren nehmen dazu Stellung. Die anwesenden betroffenen Anlieger erhalten Gelegenheit, ihre Fragen zu stellen, die auch beantwortet werden, wenn auch nicht immer zu ihrer Zufriedenheit. Es zeigte sich, dass sich die Baurechtsmehrung weder aus der Notwendigkeit des Schallschutzes noch um des Zugewinns von Mehrwert (Durchwegung, Grünflächenschaffung, Innenhöfe u.a.) ergibt. Diese Aspekte waren bereits mit der maximal viergeschossigen Planung erfüllt. Es ist eine politische Entscheidung zur Wohnraumschaffung (von 11 weiteren Wohnungen).

Vier Punkte werden dann im UA zur Abstimmung gestellt:

1. Es bleibt wie im Aufstellungsbeschluss bei maximal 4 Stockwerken:
3 : 5 Stimmen abgelehnt.

2. Das Plan.Ref. wird dahingehend gebeten die 5-geschossige Bebauung Ecke Wasserburger Landstr. /Feldbergstraße zurückzufahren und auf die Mitte der Gebäude an der Wasserburger Landstr. (bei gleichbleibender Baurechtsmehrung) zu verteilen:
4 : 4 Stimmen abgelehnt

3. Der nun vor dem Billigungsbeschluss vorgestellten Änderung der Planung wird mit 5 : 3 zugestimmt.

4. Die komplette Baurechtsmehrung muss den EOF Whg. und den München Modell Wohnungen zugeführt werden. Dieser Punkt wurde einstimmig so beschlossen.

Eine einstimmige Beschlussempfehlung gibt es nicht.“

Herr Dr. Kronawitter merkt an, das hier ein komplettes Stockwerk mehr gebaut werden soll, als in einem früheren Entwurf. Dadurch wirkt das Bauvorhaben erdrückend, vor allem auch gegenüber dem Bürgerzentrum.

Herr Rösch schlägt vor, das 5. OG zurückzusetzen. Dann würde die Wandfläche nicht mehr so massig wirken.

Herr Dr. Kronawitter wird die Stellungnahme an Planref ergänzen und abstimmen lassen. Diese kann dann durch die BAG versendet werden.

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA zuzüglich der Stellungnahme von Herrn Dr. Kronawitter vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.3.7. Stadtsanierung in München
"Aktive Stadt- und Ortsteilzentren" im Stadtteil Trudering
Sanierungsgebiet "Quartierszentrum Trudering"
Verlängerung der Durchführung des Geschäftsstraßenmanagements

Herr Steinberger stellt das Vorhaben vor.
Frau Dr. Miehle gibt an, das der BA 15 hier zustimmen kann.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

7.4 UA Planung

- 7.4.1 Kreuzerweg 33, Fl.Nr.: 877/2 - DG-Aufstockung zur Errichtung von 5 WE, Ausbau des Souterrains mit 5 WE, Errichtung eines Unterflurparksystems

Herr Rösch berichtet:
„Beschluss

Aufgrund der Unverhältnismäßigkeit von Art und Maß der Nutzung nach §34 empfiehlt der UA die **Ablehnung** des eingereichten Bauvorhabens.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.4.2 Solalindenstraße 75, Fl.Nr.: 405/46 - Neubau von 4 verbundenen Stadthäusern mit Duplex-Parker

Herr Rösch berichtet:
„Beschluss

Aufgrund des Bauvolumens in Relation zur Nachbarbebauung empfiehlt der UA die **Ablehnung** des eingereichten Bauvorhabens mit vier Häusern. Bei einer Reduktion des Vorhabens auf zwei Häuser würde der UA diesem positiv gegenüberstehen. “

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

7.4.3 Truderinger Straße 208, Fl.Nr.: 345/7 - Neubau eines Mehrfamilienhauses

Herr Rösch berichtet:
„Beschluss

Vorbehaltlich der Einhaltung des Stellplatzschlüssels empfiehlt der UA die **Zustimmung** zum eingereichten Bauvorhaben.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

7.4.4 Truderinger Straße 208, Fl.Nr.: 345/7 - Neubau eines Reihenedhauses

Herr Rösch berichtet:
„Beschluss

Der UA empfiehlt **Zustimmung** zum eingereichten Bauvorhaben.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

7.4.5 Frau-von-Uta-Straße 8, Fl.Nr.: 169/9 - Neubau einer Doppelhaushälfte mit Einliegerwohnung und Doppelcarport

Herr Rösch berichtet:
„Beschluss

Der UA empfiehlt **Zustimmung** zum eingereichten Bauvorhaben.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

7.4.6 Mönchbergstraße 14, Fl.Nr. 334/118 - Neubau eines Einfamilienhauses mit Garagen

Herr Rösch berichtet:
„Beschluss

Der UA empfiehlt **Zustimmung** zum eingereichten Bauvorhaben.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

7.4.7 Zehntfeldstraße 235b, Fl.Nr.: 386/1 - Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage
– VORBESCHEID

Herr Rösch berichtet:

„Beschluss

Der UA empfiehlt **Zustimmung** zum eingereichten Bauvorhaben.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

7.4.8 Scharerweg 18, Fl.Nr.: 296/14 - Neubau eines Einfamilien- und eines Doppelhauses mit Garage und 2 Stellplätzen - TEKUR zu 1.2-2016-24675-32

Herr Rösch berichtet:

„Beschluss

Der UA empfiehlt **Zustimmung** zum eingereichten Bauvorhaben.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

7.4.9 Dachsteinstraße 4, Fl.Nr. 779/0 - Neubau eines 8-Familienhauses mit Tiefgarage

Herr Rösch berichtet:

„Beschluss

Aufgrund der Höhenentwicklung in Relation zur Nachbarbebauung und der Positionierung des Baukörpers auf dem Grundstück empfiehlt der UA die **Ablehnung** des eingereichten Bauvorhabens. “

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.4.10 Am Moosfeld 21 - Fl.Nr.: 104/6 - Unterbringung von Flüchtlingen und Wohnungslosen; Aufstockung und Nutzungsänderung eines Büro- und Geschäftshauses in eine Unterkunft zur vorübergehenden Unterbringung von Flüchtlingen

Herr Rösch berichtet:

„Beschluss

Der UA empfiehlt **Zustimmung** zum eingereichten Bauvorhaben.“

Herr Steinberger stellt fest, dass es hier Klärungsbedarf zur baurechtlich möglichen Nutzung gibt. Er wird dies direkt mit der Sozialreferentin Frau Schiwy klären. Einer Zustimmung zu der geplanten Erhöhung steht aber nichts im Wege.

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.4.11 Gartenstadtstraße 6, Fl.Nr.: 319/8 - Neubau eines Mehrfamilienhauses (7WE) mit TG (8 Stpl.)

Herr Rösch berichtet:

„Beschluss

Der UA empfiehlt die **Ablehnung** des Bauvorhabens mit der vorliegenden Planung. Die Tiefgarage ist mindestens teilweise unter den Baukörper zu verlegen.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.4.12 Turnerstraße 3, Fl.Nr. 224/3 - Neubau eines Einfamilienhauses mit Garage

Herr Rösch berichtet:

„Beschluss

Der UA empfiehlt **Zustimmung** zum eingereichten Bauvorhaben.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

7.5 UA Schule, Soziales und Kultur

7.6 UA Umwelt

- 7.6.1 Vollzug des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) und des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG);
Novellierung der Naturdenkmalverordnung der Landeshauptstadt München
Neuvorschläge für schützenswerte Bäume im Stadtbezirk
Frist: 26.04.2017

Herr Welzel berichtet:

„Vorschlag: Platane (hinter der Stadtparkasse München), Truderinger Str. 301.
Die Presse soll gebeten werden, durch Artikel Aufmerksamkeit bei den Bürgern zu erzeugen dass sie schützenswerte Bäume im Stadtbezirk vorschlagen können.“

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 7.6.2 Baumschutz in München ist Klimaschutz für München
Die Münchner Bezirksausschüsse handeln - jetzt!
Schreiben des BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Herr Welzel berichtet:

„Stellungnahme siehe TOP 3.6.1.“

Herr Heidegger gibt nochmals zu Bedenken, dass dieses umfangreiche Antragspaket in einer Sondersitzung und einer UA-Sitzung besprochen hat. Bei Wortmeldungen bitte auf die im UA nicht einstimmigen Punkte beschränken.

GeschO-Antrag durch Herrn Danner, das die Vorschläge des UA im Plenum so en bloc beschlossen werden.

Herr Ziegler möchte den Zusatz, das in der Stellungnahme das Abstimmungsergebnis angegeben wird.

gegen 1 Stimme Zustimmung

Herr Steinberger schlägt Zustimmung zum Votum des UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

8 Baumfällungen

8.1 Bereits genehmigte Fällungen durch die Untere Naturschutzbehörde

- 8.1.1 Adelmanstraße 15
- 8.1.2 Gertraudenstraße 14
- 8.1.3 Gorch-Fock-Straße 14-16
- 8.1.4 Lachenmeyerstraße 18
- 8.1.5 Schwedensteinstraße 33c

8.2 Beantragte Baumfällungen

- 8.2.1 Am Moosfeld 21
- 8.2.2 Bahnstraße 13
- 8.2.3 Bajuwarenstr. 137a
- 8.2.4 Birkhahnweg 49
- 8.2.5 Dachsteinstraße 4
- 8.2.6 Fauststraße (ohne Hausnummer)
- 8.2.6 Gartenstadtstraße 6
- 8.2.7 Gerstäckerstraße 28
- 8.2.8 Günderodestraße 6c
- 8.2.9 In der Heuluss 5
- 8.2.10 Mönchbergstraße 14
- 8.2.11 Reiherweg 16a
- 8.2.12 Scharerweg 4
- 8.2.13 Solalindenstraße 75
- 8.2.14 Turnerstraße 31
- 8.2.15 Wachtelweg 26
- 8.2.16 Zehntfeldstraße 235b
- 8.2.17 Kurzhuberstraße 7
- 8.2.18 Am Hochacker 44 - zwischenzeitlich durch UNB genehmigt
- 8.2.19 Hochkönigstraße 6
- 8.2.20 Truderinger Straße 265
- 8.2.21 Turnerstraße 25a - zwischenzeitlich durch UNB genehmigt
- 8.2.22 Postweg (ohne Hausnummer)
- 8.2.23 Mondseestraße 22
- 8.2.24 Iltisstraße 36
- 8.2.25 Häherweg 26
- 8.2.26 Wardeinstraße 16
- 8.2.27 Neusönnerstraße 7

Herr Welzel berichtet zu den TOP 8.1 und 8.2. Auf das Protokoll des UA wird verwiesen.

Herr Steinberger bittet um Zustimmung zum Votum des UA.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

9 Berichte des Vorsitzenden, der Beauftragten und Termine

9.1 Eilentscheidungen des Vorsitzenden gemäß §20 Abs. 1 Satz 2 BA-Satzung

9.1.1 Anhörung nach § 29 StVO
Riemer Park, Deutsche Gesellschaft für Chirurgie e.V., Organspendelauf, Start Am Messeseesee, 22.03.2017
Frist: 20.02.2017 - konnte laut Auskunft KVR nicht verlängert werden

Herr Steinberger berichtet.

9.1.2 Wasserburger Landstr./Feldbergstr., Truderinger Faschingstreiben am 28.02.2017
Frist 22.02.2017
Antrag erst am 16.02.2017 beim VVB eingegangen

Herr Steinberger berichtet.

10 Unterrichtungen

10.1 UA Allgemeines

10.1.1 Sachberichte

10.1.1.1 Krieger- und Soldatenverein Trudering-Riem, Baumpflegearbeiten am Kriegerdenkmal in Trudering

10.1.1.2 Katholische Kirchenstiftung "Christi Himmelfahrt" - geistliches Konzert zur Adventszeit vom 11.12.2016

10.1.2 Verwendungsnachweise

10.1.2.1 Freundeskreis der Ludwig-Thoma-Realschule e.V., WIR-Werkstatt

10.1.2.2 Verein der Freunde und Förderer der Musik in der Pfarrei St. Augustinus e.V.

10.1.2.3 Katholische Kirchenstiftung "Christi Himmelfahrt" - geistliches Konzert zur Adventszeit vom 11.12.2016

10.2 UA Bau und Verkehr

10.2.1 Wasserburger Landstraße 268/272
Änderung der zeitlichen Befristung der Kurzparkzone
Ausführung des Auftrags unter Bezugnahme auf BA-Antrag-Nr. 14-20 / B 02959.

10.2.2 Einrichtung eines personenbezogenen Behindertenparkplatzes im Bereich Mona-Lisa-Straße
Auftrag ausgeführt

10.2.3 Einrichtung eines personenbezogenen Behindertenparkplatzes im Bereich BIRTHÄLMERSTRASSE
Auftrag ausgeführt

10.2.4 Evaluation der Fahrradstraßen in München
Abschlussbericht

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07432
Bekanntgabe im Kreisverwaltungsausschuss vom 24.01.2017 (SB)

10.2.5 Durchführung von Verkehrsversuchen durch das KVR

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07549
Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 25.01.2016

10.3 UA Infrastruktur und Stadtteilentwicklung

- 10.3.1 Mitteilungen über Grundstücksgeschäfte
- 10.3.1.1 Verkauf Horst-Salzman-Weg, Flst.325/8
- 10.3.1.2 Verkauf Wasserburger Landstraße / Stolzhoferstraße
- 10.3.1.3 Verkauf Bajuwarenstraße 92
- 10.3.2 Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht
- Vorkaufssatzung -
an unbebauten und bebauten Grundstücken im Sinne des § 25 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB für das Gebiet der geplanten städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme für den Münchner Nordosten
Stadtbezirk 13 Bogenhausen
Stadtbezirk 15 Trudering-Riem
- Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07915
Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 18.01.2017 (VB)
- 10.3.3 Beteiligung der Öffentlichkeit
frühzeitige Unterrichtung gemäß § 3 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB)
- Planungsgebiet:
Änderung des Flächennutzungsplanes mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich VI/32 und
Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 1728d Teil 2
Am Hüllgraben (südlich),
Paul-Wassermann-Straße (westlich)
Am Mitterfeld (östlich),
Landschaftspark (nördlich)
- Planungsdarlegung vom 23.01.2017 mit 23.02.2017
- 10.3.4 Messestadt Riem EM 265 Platz Zentrum Ost
Michael-Ende-Straße (erstmalige Herstellung der öffentlichen Verkehrsflächen bzw. Anpassungen gemäß den Festsetzungen der Bebauungspläne mit Grünordnung Nr. 2065 und Nr. 1728 h) Willy-Brandt-Allee Umbau der Parallelfahrbahn zwischen Heinrich-Böll- und Selma-Lagerlöf-Straße (Parkplatzbau) im 15. Stadtbezirk Trudering - Riem
Projektkosten: 4.300.000 Euro
1. Genehmigung des Nutzerbedarfsprogramms
2. Beauftragung der MRG mit der Vorplanung
Aufzug "Quartiersplatz Messestadt Zentrum Ost"
Antrag Nr. 14-20 / B 02207 des Bezirksausschusses des Stadtbezirkes 15 Trudering - Riem vom 17.03.2016
- Sitzungsvorlage Nr.14-20 / V 06665
Beschluss des Bauausschusses vom 31.01.2017 (SB)

- 10.3.5 Werbeanlagenverordnung erlassen
Empfehlung Nr. 08-14 / E 00827 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 01 - Altstadt - Lehel am 03.12.2015

Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 06471
Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 01.20.2017 (SB)

- 10.3.6 Ökologischer Kriterienkatalog
Fortschreibung 2016/2017

Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 02989
Beschluss es Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 01.02.2017 (VB)

- 10.3.7 Anhörungsrecht für Planungen im Bereich "Wohnen für Alle"
Schreiben der Stadtbaurätin an die Vorsitzende des BA 10 Moosach

Frau Dr. Miehle möchte wissen, welche städtischen Grundstücke im Bereich Trudering-Riem für „Wohnen für Alle“ in Frage kommen würden.

Frau Salzmann-Brünjes merkt an, dass weiterhin auf den Antrag des BA 15 hingewiesen werden soll. Hier steht eine Antwort aus.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

10.4 UA Planung

- 10.4.1 Vollzug der Satzung der Landeshauptstadt München über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum

10.4.1.1 Bergerwaldstraße 7

10.4.1.2 Birkhahnweg 49

10.4.1.3 Scharerweg 12

10.4.1.4 Reschstraße 4

10.4.1.5 Bartholomäerstraße 7

10.5 UA Schule, Soziales und Kultur

- 10.5.1 Sachstandsbericht zu Neu- und Sanierungsmaßnahmen alle 6 Monate
BA-Antrag-Nr. 08-14/ B 0 3947 des Bezirksausschusses des Stadtbezirks 07 - Sendling-Westpark vom 08.05.2012

- 10.5.2 Infrastrukturprogramm Sport in München - Teil 1 Städtische Sportbaumaßnahmen, Maßnahmenpaket 3 Kunstrasenplatzbau
- Produkt 6.1 -

Bezirkssportanlage Feldbergstr. 65 (15. Stadtbezirk Trudering-Riem)
Projektkosten (Kostenobergrenze): 3.380.000 € netto

1. Bedarfs- und Konzeptgenehmigung
2. Projektauftrag und Projektgenehmigung
3. Genehmigung zur Durchführung der vorgezogenen Baumfällungen

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07799
Beschluss des Sportausschusses des Stadtrates vom 22.02.2017 (SB)

- 10.5.3 Zahl der Schülerinnen, Schüler und Klassen an den städtischen Realschulen, den staatlichen Realschulen, den Schulen besonderer Art und der Städtischen Franz-Auweck-Abendschule;
Schuljahr 2016/2017

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07829
Bekanntgabe des Bildungsausschuss des Stadtrates vom 22.02.2017

- 10.5.4 Übergangsklassen für das neue Schulzentrum
Empfehlung Nr. 14-20 / E 01161 der Bürgerversammlung des Stadtbezirk 15 - Trudering-Riem vom 06.10.2016

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07834
Beschluss des Sportausschusses des Stadtrates vom 22.02.2017 (SB)

- 10.5.5 Zahl der Schülerinnen, Schüler und Klassen an den öffentlichen Grund-, Mittel- und Förderschulen, der städt. Tagesheime und Heilpädagogischen Tagesstätten im Schuljahr 2016/2017

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07846
Bekanntgabe im Bildungsausschuss des Stadtrates vom 22.02.2017

- 10.5.6 Zahl der Schülerinnen, Schüler und Klassen an den Beruflichen Schulen in der Trägerschaft der Landeshauptstadt München im Schuljahr 2016/2017
Stand: 20.10.2016

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07866
Beschluss des Bildungsausschusses des Stadtrates vom 22.02.2017 (SB)

- 10.5.7 Zahl der Schülerinnen, Schüler und Klassen an den städtischen und staatlichen Gymnasien sowie an den Schulen des Zweiten Bildungsweges im Schuljahr 2016/2017

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07867
Bekanntgabe im Bildungsausschuss des Stadtrates am 22.02.2017

10.6 UA Umwelt

Herr Steinberger schlägt die Kenntnisnahme der übrigen 10er Punkte vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

Ende der Sitzung nach dem nichtöffentlichen Teil um 22.40 Uhr.

München, 06.03.2017

genehmigt:

Otto Steinberger
Vorsitzender des BA 15
Trudering-Riem

Für das Protokoll:

gez.

Anja Kleine
BA G Ost